

Landkreis Nordwestmecklenburg · Postfach 1565 · 23958 Wismar

(vorbehaltlich der Genehmigung, Ergänzung bzw. Korrektur in der nächsten Sitzung)

Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit

Sitzungstermin: Dienstag, den 04.11.2025

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr

Sitzungsende: 19:24 Uhr

Ort, Raum: 23966 Wismar, Altwismarstraße 7 - 17,

Beratungsraum 1.46

Anwesenheit:

Ausschussvorsitzende/r

Herr Stefan Baetke

Ausschussmitglieder

Frau Anett Gruß

Frau Renate Lüders

Herr Dirk Merten

Herr Michael Pagel

Herr Jens-Holger Schneider

Frau Anke Wagner

Stellvertreter

Herr René Fuhrwerk Vertretung für Herrn Steffen Kühhirt Herr Angelo Tewes Vertretung für Herrn Andreas Schöning

nicht anwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Daniela Keßler entschuldigt

Herr Steffen Kühhirt

Frau Anne Ringlepp entschuldigt

Herr Andreas Schöning

Verwaltung:

Herr Funk

Herr Stabingis

Herr Omer Oglou

Herr Schmolke

Frau Friedrich

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- 3. Bestätigung der Tagesordnung
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.10.2025
- 6. Überblick über zukünftige strategische Ausrichtungsziele Fachdienst Öffentlicher Gesundheitsdienst
- 6.1. Ausbau des sozialpsychiatrischen Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Familien im Gesundheitsamt
- 6.2. "Cool bleiben" Ein generationsübergreifendes gesundheitliches Hitze-Präventionsprojekt
- 6.3. Praxisnahe (sektorale) Gesundheitsberichterstattung
 - 7. Mietwerterhebung und Anpassung der KdU-Richtlinien nach SGB II und XII
 - 8. Informationen aus dem Fachdienst Soziales
- 8.1. Lage Asyl
- 8.2. Bezahlkarte
 - 9. Sitzungstermine 2026
- 10. Informationen und Anfragen

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Herr Baetke eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Er begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Es sind 8 Ausschussmitglieder anwesend; damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 3 Bestätigung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein- Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 4 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 5 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.10.2025

Das Protokoll der Sitzung vom 07.10.2025 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 Nein- Stimmen: 0 Enthaltung: 3

zu 6 Überblick über zukünftige strategische Ausrichtungsziele - Fachdienst Öffentlicher Gesundheitsdienst

Herr Omer Oglou stellt den FD Öffentlicher Gesundheitsdienst mit seiner jetzigen Arbeit vor und gibt einen Überblick, was der FD in den nächsten Jahren erreichen will (Präsentation wird dem Protokoll beigefügt).

17.40 Uhr – Herr Merten kommt zur Sitzung.

So möchte er u.a. die Telemedizin / Online-Sprechstunden voranbringen. Auch soll die Präventionsarbeit intensiviert werden. Weiterhin wird die Zusammenarbeit mit den medizinischen Hochschulen fortgeführt, um Studenten einen Einblick in die Arbeit des Gesundheitsamtes zu geben.

Herr Omer Oglou weist auf den Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst hin. Hier werden finanzielle Mittel, u.a. für Personal und Verbesserung der Digitalisierung, zur Verfügung gestellt.

Herr Schneider regt an, sich "Partnerärzte" bzgl. der Telemedizin zu suchen, die bereit sind, das Angebot zu unterstützen.

Herr Omer Oglou dankt für den Hinweis und wird das i.R. seiner Netzwerkarbeit ansprechen.

zu 6.1 Ausbau des sozialpsychiatrischen Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Familien im Gesundheitsamt

Herr Schmolke informiert die Anwesenden, dass es einen großen Bedarf an sozialpsychiatrischen Angeboten für Kinder und Jugendliche gibt. Er geht davon aus, dass der Bedarf in den nächsten Jahren noch weiter steigen wird.

Da es wenige Psychiater/Psychologen für diesen Personenkreis in der Region gibt, wurden vorhandene Strukturen genutzt bzw. sind geeignete Hilfsangebote geschaffen worden. Er stellt hier die möglichen Hilfsangebote vor, die keineswegs die Beratung durch einen Facharzt ersetzen.

Zum Jahresende wird eine Auswertung erfolgen.

Die Ausschussmitglieder weisen darauf hin, dass frühzeitig die Ursachen anzupacken wären, z.B. der Medienkonsum (Handy).

zu 6.2 "Cool bleiben" - Ein generationsübergreifendes gesundheitliches Hitze-Präventionsprojekt

Dieses Hitzepräventionsprojekt wurde It. Frau Friedrich ins Leben gerufen, da in den letzten Jahren gehäuft Tage mit sehr hohen Temperaturen auftraten. Infolge dessen wurden hier in der Region Lösungen gesucht.

Es wurden Einrichtungen, z.B. Kirchen, angefragt, ob sie bereit wären, kühle Räume oder auch Wasserspender zur Verfügung zu stellen. Welche Einrichtungen dann zur Verfügung stehen, sollen in Zukunft auf einer Online-Karte dargestellt werden.

Dieses Projekt soll langfristig fortgeführt werden. Eine Evaluierung findet regelmäßig statt.

zu 6.3 Praxisnahe (sektorale) Gesundheitsberichterstattung

Sh. auch 6. - 6.2

zu 7 Mietwerterhebung und Anpassung der KdU-Richtlinien nach SGB II und XII Vorlage: 183/50/2025

Herr Stabingis gibt anhand einer Präsentation (Anlage zum Protokoll) weitere Informationen, z.B. rechtliche Grundlagen, Rechtsprechung und die Erhebung der Mietwerte bei den Wohnungsunternehmen.

Zwei entscheidende Änderungen ergeben sich mit der neuen Mietwerterhebung: es wurden lediglich die Angebotsmieten erhoben und es gibt nur noch 2 Vergleichsräume.

Aufgrund der gestiegenen Mietwerte ergibt sich auch für den Haushalt des Kreises eine Mehrbelastung. Dieses wurde bereits in die Planung für den kommenden Haushalt eingeplant (ca. 2,9 %).

Herr Stabingis verweist auch auf die Zusammenarbeit mit dem Mieterbund bei unberechtigten Mieterhöhungen oder Unstimmigkeiten bei der Betriebskostenabrechnung.

Herr Schneider bittet um Aussage, was das Gutachten der Firma gekostet hat. Herr Stabingis verweist auf ein förmliches Ausschreibungsverfahren, bei dem sich die Firma empirica AG durchsetzen konnte. Die Kosten werden schriftlich mitgeteilt.

Nachtrag:

Die Kosten für das Gutachten beliefen sich auf 17.612 €.

Herr Baetke fragt, wo sich die Wohnungen, die mit Strom beheizt werden, wiederfinden. Die Verwaltung wird das schriftlich mitteilen.

Nachtrag:

Siehe dazu Ziff. 5.3 der Richtlinien.

Bei Wohnungen, welche über Strom-Nachtspeicheröfen beheizt werden, wird die volle Summe gem. Mietvertrag übernommen. Bei anderen Stromheizarten wird im Einzelfall entschieden; interne Orientierung bieten hierbei die Kosten der Nachspeicheröfen. Gegebenenfalls nehmen die Sachbearbeiter dann auch Kontakt mit dem Anbieter auf und erfragen Vergleichswerte.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Mietwerterhebung zur Kenntnis.

zu 8 Informationen aus dem Fachdienst Soziales

zu 8.1 Lage Asyl

Herr Stabingis informiert zur aktuellen Lage.

Die Zuweisungen von Personen halten sich auf einem konstant niedrigen Niveau. Bisher wurden 151 Personen (in 2025) zugewiesen. In den Gemeinschaftsunterkünften (GU) sind aktuell 629 Personen gemeldet. In den GU'S stehen insgesamt 809 Plätze zur Verfügung. Das entspricht einer Auslastung von ca. 77,8 %.

Zugenommen haben in diesem Jahr die Zuweisungen von Ukrainern – bereits 109 Personen in 2025 -. Davon sind 53 Personen im Oktober 2025 an den LK NWM verteilt worden. Dazu kommen 115 Personen (Stand: 31. August 2025), die nicht über die Erstaufnahmeeinrichtung in den Landkreis kommen.

Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Monaten mit ähnlich hohen Zuweisungen zu rechnen ist. Um entsprechende Kapazitäten (Plätze) vorzuhalten, wurde sich bereits in der Verwaltung dazu ausgetauscht.

Herr Schneider bittet um Mitteilung, aus welchen Ländern die Asylbewerber kommen. Herr Stabingis wird dies schriftlich mitteilen.

Nachtrag:

Die Herkunftsländer in 2025 setzen sich wie folgt zusammen:

26% Syrien

20% Afghanistan

8% Somalia

7% Armenien

5% Nigeria

5% Türkei

4% Russland

4% Benin

4% Tadschikistan

3% Albanien

3% Eritrea

2% Georgien

2% Costa Rica

2% Mexiko

1% Iran

1% Ghana

1% Tunesien

1% Ukraine

1% Algerien

Des Weiteren spricht Herr Schneider den Zuständigkeitswechsel der ukrainischen Personen vom Bürgergeld ins Asylbewerberleistungsgesetz an.

Hier teilt Herr Stabingis mit, dass es aktuell nur einen Gesetzentwurf dazu gibt. Dies betrifft aber nur die Personen, die ab dem 01.04.2025 eingereist sind.

Zur Frage, wieviel Syrer welchen Aufenthaltsstatus haben, entgegnet Herr Stabingis, dass er diese Zahl nicht nennen kann. Die Verwaltung meldet die Zahlen an das Land; diese erstellen dann die Statistik.

zu 8.2 Bezahlkarte

Herr Stabingis berichtet, dass die Bezahlkarte im LK NWM zu 90 % an die Asylbewerber ausgegeben ist. Alle Personen in den Gemeinschaftsunterkünften nutzen jetzt die Bezahlkarte.

Aktuell gibt es noch Einzelfälle, die noch nicht auf die Bezahlkarte umgestellt sind. Das betrifft insbesondere Personen, die dezentral untergebracht sind.

Die Verwaltung hat Hinweisblätter bzw. einen Fragenkatalog erarbeitet, die die Nutzung der Bezahlkarte erleichtern sollen. Diese werden natürlich auch in mehreren Sprachen angeboten. Die Sozialarbeiter in den Einrichtungen helfen den Asylbewerbern bei Problemen.

zu 9 Sitzungstermine 2026

Die Ausschussmitglieder erheben keine Einwände zu den vorgeschlagenen Terminen.

zu 10 Informationen und Anfragen

Herr Baetke spricht das Schreiben zur bundesweiten Befragung für die Altenhilfe nach § 71 SGB XII an.

Herr Stabingis wird das zunächst sichten und dann entscheiden, ob eine Teilnahme möglich ist.

Datum: 27.11.2025

Gez. Stefan Baetke Vorsitzender Gez. E. Wendt Protokollführerin